

## Anfragen zum Plenum in der 9. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern bringt sie sich in der Umsetzung der EU-Jugendstrategie bis 2027 ein, welche Förderungen, Projekte und Formate plant die Staatsregierung in Hinsicht auf Jugendpolitische Bildung, Teilhabe und Zusammenarbeit insbesondere in Anbetracht der Europawahl 2024 und wie werden die Kommunen von der Staatsregierung unterstützt, die politische Bildung, Teilhabe und Zusammenarbeit junger Menschen zu fördern?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Demonstrationen wurden vom Bayerischen Bauernverband bzw. seinen räumlichen Untergliederungen hier in Bayern 2024 angemeldet und welcher polizeilicher Personalaufwand war bei der jeweiligen Durchführung der Maßnahmen festzustellen?

**Oskar Atzinger**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unterrichtsstunden in Prozent sind in den Schuljahren 2020/2021 bis 2022/2023 an bayerischen Schulen ausgefallen, welche Unterrichtsfächer waren am häufigsten von diesen Ausfällen betroffen und wie schätzt die Staatsregierung die Validität der jüngst erhobenen und veröffentlichten Zahlen des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) e. V. bezüglich des Unterrichtsausfalls ein?

**Jörg Baumann**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die Zahl und in welcher Art waren die Straf- und Gewalttaten in Bayern im Jahr 2022 und 2023 mit Bezug zu Schusswaffen und wie viele Straf- und Gewalttaten wurden mit legalen und registrierten Waffen begangen?

**Nicole Bäumler**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund bekanntgewordener Probleme im Umgang mit Diabetes in Kindertagesstätten bzw. Schulen frage ich die Staatsregierung, welche Regelungen es für den Umgang mit Erkrankten gibt, ob Kinder und Jugendliche vom Unterricht oder dem Kita-Besuch ausgeschlossen werden können und inwieweit Kita-Personal und Lehrkräfte im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Diabetes geschult werden?

**Johannes Becher**

Mit Blick auf die Tatsache, dass bereits in vergangenen Jahren

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausnahmegenehmigungen von der geltenden Nachtflugregelung mit der Begründung eines besonderen öffentlichen Interesses (u. a. im Rahmen des Rücktransports von Mannschaften und Fans nach Fußballspielen) erteilt wurden, frage ich die Staatsregierung, ob eine erneute Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von der Nachtflugregelung im Zusammenhang mit der Fußball-EM 2024 ausgeschlossen werden kann, wenn nein, welche Voraussetzungen in Bezug auf die Fußball-EM 2024 erfüllt sein müssen, damit eine Ausnahmegenehmigung für einen konkreten Flug erteilt wird, und falls Ausnahmegenehmigungen vorgesehen sind, warum die Staatsregierung in der Abwägung dem nur wenige Stunden früheren Rücktransport von Fußballmannschaften einen höheren Wert beimisst als dem Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner der Flughafenregion vor zusätzlicher Lärmbelastung durch Nachtflüge?

**Andreas Birzele**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunen haben im Jahr 2023 und 2024 eine Auszahlung aus den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) zur Förderung von kommunalen Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erhalten, wie viele Kommunen warten aktuell noch auf eine Auszahlung und um welchem Betrag übersteigen die bewilligten Zuwendungsbescheide die Haushaltsmittel, die im Haushalt 2023 für die Zuwendungen bereitgestellt wurden?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern durch die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz ein Monitoring antisemitischer Vorkommnisse an allen bayerischen Bildungseinrichtungen (auch unterhalb der strafrechtlich relevanten Schwelle) stattfindet, wie viele antisemitische Vorfälle an bayerischen Bildungseinrichtungen in den vergangenen zwei Jahren registriert wurden und inwiefern diese Vorkommnisse sichtbar gemacht wurden mit dem Ziel, geeignete Präventionsmaßnahmen an den betroffenen Einrichtungen einzuleiten?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel hat die Reise des Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche insgesamt gekostet (bitte Auflistung der einzelnen Kosten wie zum Beispiel Hin- und Rückflug, Kosten für Presse, PR und Social Media, Unterkunft, Sicherheitskosten etc.), wie viele Fotografen, Pressesprecher und Mitarbeiter aus dem Bereich Social Media und PR – auch freie Mitarbeiter – haben die Reise begleitet und welche Kosten sind für die Bewerbung der Social-Media-Beiträge zu der Reise entstanden?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sie nur eine Fassung des Güterverkehrskonzepts Bayern mit 125 Maßnahmenfeldern und Handlungsoptionen veröffentlicht hat, obwohl die neun Workshops rund 630 Vorschläge erarbeitet haben, welche zusätzlichen nicht veröffentlichte Vorschläge wurden in den Workshops erarbeitet und wie erfolgte die Eingrenzung auf die 125 Maßnahmenfelder und Handlungsoptionen?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ein knappes Jahr nach dem Spatenstich für das vor allem in Fachkreisen umstrittene Staatsarchiv in Kitzingen, das das Staatsarchiv Würzburg ersetzen wird und für dessen Bau Ministerpräsident Dr. Markus Söder 2015 eine Kostenschätzung in Höhe von 30–35 Mio. Euro abgegeben hatte, die Kosten aber inzwischen mit 83,2 Mio. Euro veranschlagt werden, frage ich die Staatsregierung, ob sich im Rahmen der seit dem Spatenstich erfolgten Baumaßnahmen und Neukalkulationen weitere Kostensteigerungen ergeben haben, ob die erfolgten Baumaßnahmen im ersten Jahr nach dem Spatenstich im Zeitplan liegen und ob nach aktuellem Stand und angesichts der im Doppelhaushalt 2024–2025 genannten Mittel von gut 19 Mio. Euro, die im Jahr 2026 noch benötigt werden, weiterhin mit der geplanten Fertigstellung im Jahr 2025 und mit dem Bezug durch den Nutzer im Dezember 2025 gerechnet werden kann?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern ist bei der Beantragung von Fördermitteln für den Bau oder den Erhalt von Schwimmflächen in Bayern derzeit eine gleichzeitige Bezuschussung für ein- und dasselbe Bauvorhaben aus dem Sonderprogramm Schwimmbadförderung (SPSF), aus Mitteln nach Art. 10 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (BayFAG) und über die Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) möglich, sieht die Staatsregierung zeitnah eine Vereinbarkeit der genannten Programme im Sinne einer attraktiveren Förderkulisse vor und inwieweit hängt die Zusage von Fördergeldern aus den genannten Fördertöpfen von der Wassertiefe der Schwimmbecken ab?

**Rene Dierkes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bereits personenbezogene Daten von Mitgliedern der AfD Bayern, der Jungen Alternative Bayern, von sog. „Reichsbürgern“, von sog. Selbstverwaltern, von Personen unter der sog. Kategorie „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ laut § 22a Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) an nichtöffentliche inländische Stellen übermittelt wurden, falls ja, zu welchen Zwecken laut § 22a Abs. 3 Buchst. a bis h BVerfSchG wurden diese personenbezogenen Daten übermittelt und wurden diese personenbezogenen Daten laut § 22b oder § 22c BVerfSchG an ausländische Nachrichtendienste übermittelt?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Nachteilsausgleich beim Abitur bei gravierenden Beeinträchtigungen der Schülerinnen und Schüler in den zwei Jahren vor dem Abitur (z. B. Tod / schwerwiegende Krankheit / Pflegebedürftigkeit eines Elternteils, eigene Krankheit oder Behinderung), sind die Schulen zu einem Gutachten verpflichtet und ggf. in welchem Zeitraum kann ein Nachteilsausgleich geltend gemacht werden?

**Christiane Feichtmeier**

Nachdem die Staatsregierung die mit hohem Verwaltungsaufwand (vgl. Staatsminister des Innern, für Sport und Integration

(SPD)

Joachim Herrmann: „Die Einführung einer Bezahlkarte wird zunächst zu einem Mehraufwand führen“, Bayerische Staatszeitung vom 12.10.2023) verbundene Einführung einer Bezahlkarte mit Rücküberweisungen in die Herkunftsländer begründet (siehe Rede von Staatsminister Joachim Herrmann am 12.12.2023: „Bayern geht mit der Bezahlkarte, die es ab Frühling 2024 geben wird, in Vorleistung. Wir sagen: Es kann nicht Aufgabe des Steuerzahlers und der Steuerzahlerin sein, Geldtransfers in andere Länder zu finanzieren.“), frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Rücküberweisungen/„Remittances“ genannten Transferleistungen in die TOP-5 der Asyl-Herkunftsländer ausfielen (aktuelle Zahlen), ob mittlerweile in den Aufstellungen zu den Geldflüssen unterschieden werden kann nach dem Anteil von Beziehern von Sozialleistungen und in den Arbeitsmarkt integrierten Absendern und welcher Anteil der Transferleistungen auf Bezieher ausschließlich von Sozialleistungen entfällt?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da die Staatsregierung zum Beschluss des Landtags vom 22.06.2023 (Drs. 18/29578 „Wasserknappheit begegnen – auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft“) berichtet hat, dass die Herausforderungen im Umgang mit den Folgen des Klimawandels im Bereich Wasser enorm und der Bedarf an Ressourcen in der Wasserwirtschaftsverwaltung entsprechend groß sei, wobei zunehmend deutlich werde, dass dazu die vorhandenen Stellen und Mittel nicht ausreichen, sodass „einer ersten Schätzung im Jahr 2022 zufolge jährlich bis zu rd. 560 Mio. Euro und etwa 500 Stellen allein im Bereich der Wasserwirtschaft erforderlich“ seien, es einen weiteren erhöhten Ressourcenbedarfs in den anderen Verwaltungsbereichen (die im Umgang mit den Folgen des Klimawandels im Bereich Wasser tätig sind) gebe und diese geschätzten Kosten jedoch „in Relation zu den prognostizierten Folgekosten des Klimawandels in Bayern vergleichsweise gering“ seien, frage ich die Staatsregierung, an welchen Stellen finden sich diese rund 560 Mio. Euro jährlich im Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/2025 wieder (bitte die jeweilige Titelgruppe angeben), wie gliedern sich die benötigten 500 Stellen auf (bitte die jeweilige Qualifikationsebene angeben) und wie teilen sich die benötigten Ressourcen auf die Bereiche Sicherung der Grundversorgung, Schutz des Trinkwassers, Verbesserung der Gewässerökologie, Schutz der artenreichen Auwälder, Pläne zur Wasserückhaltung in der Fläche, ganzjährige Schiffbarkeit der Bundeswasserstraßen in Bayern, Erzeugung und Speicherung von elektrischer Energie aus Wasserkraft, Bewässerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Unterstützung zur Erstellung nachhaltiger, überbetrieblicher Bewässerungsinfrastruktur, Stärkung der Wasser- und Bodenverbände, Ressourcenschonende Grundwassernutzung und alternative Wasserherkünfte auf (bitte möglichst detailliert aufschlüsseln)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern berücksichtigt der Haushaltsentwurf 2024/2025 in Kap. 07 03 Tit. 894 52 die Schaffung gewerkeübergreifender Schulungsstätten/Berufsbildungsstätten,

wenn ja, wo entstehen diese und wenn nicht, welche Schulungsstätten werden konkret unterstützt?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Zur geplanten Gülle-App, die in Punkt 2 des 10-Punkte-Programms des Zukunftsvertrags zur Landwirtschaft in Bayern, den die Staatsregierung mit dem Bayerischen Bauernverband im September 2023 unterzeichnet hat, stehe ich die Staatsregierung, wird die Gülle-App bis Juli 2024 eingeführt sein – wie im Zukunftsvertrag vereinbart –, welche konkreten Parameter definieren die Ausbringmethode mit Breitverteilung auf Grünland als vergleichbares Verfahren und wie hoch sind die Kosten für die Entwicklung der Gülle-App inklusive der dafür durchgeführten Forschungsvorhaben?

**Holger Griebhammer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Regelungen in einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan angewendet werden müssen, damit beispielsweise bei der Baumaßnahme im Bereich der Staatstrasse ST2144 mit dem Kreuzungsbereich ST2230 sowie der Autobahnausfahrt Abensberg beidseitig West und Ost die zu errichtenden Ampelanlagen vom dem Betreiber bzw. Investor des Logistikparks von Amazon in Rohr in Niederbayern bzw. dem Antragsteller finanziert werden müssen und dadurch nicht die Allgemeinheit belastet wird, wie diese Regelung beim Amazon-Verteilzentrum in Allersberg bisher umgesetzt wurde und wer für die Einhaltung und Kontrolle dieser Vorgaben zuständig ist?

**Sabine Gross**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie möchte sie in Zukunft einen verlässlichen, den Anforderungen des Schüler- und Pendelverkehrs gerechten Zugverkehr auf den Linien RE9, RE80, RE89, RB86, RB87 und RB89 sicherstellen, inwiefern befindet sie sich im Austausch mit GoAhead, der Deutschen Bahn AG (bzw. ihrer zuständigen Tochtergesellschaften) und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) zur Behebung der Mängel (kurzfristige Ankündigung von Baustellenverlängerungen, fehlendes Personal, fehlende Ersatzteile) und welche Ersatz-Mobilitätsangebote möchte die Staatsregierung in den betroffenen Landkreisen einfordern bzw. selbst schaffen?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung der Kitzinger Zeitung vom 06.02.2024, in der Landrätin Tamara Bischof über die „ihrer Ansicht nach fehlende Unterstützung des Freistaates bei der Finanzierung von Personal, das staatliche Aufgaben im Landratsamt übernimmt“ berichtet und von einer jährlichen Unterdeckung von 2,6 Mio. Euro spricht, „die der Freistaat dem Landkreis nach Meinung Bischofs erstatten müsste“, sowie davon, dass es nicht mehr so weitergehen könne, dass fortwährend neue Aufgaben übertragen würden, aber kein zusätzliches Personal, frage ich die Staatsregierung, wie hat sich die Übertragung staatlicher Aufgaben an die Landratsämter in Bayern in den letzten zehn Jahren entwickelt, welches zusätzliche staatliche Personal haben die Landratsämter in den letzten zehn Jahren zugewiesen bekommen und was unternimmt die Staatsregierung konkret, um die Schere zwischen übertragenen staatlichen Aufgaben und Zuweisung

staatlichen Personals tatsächlich oder durch finanziellen Ausgleich wieder zu schließen?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die finanziellen Mittel sind, die dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe durch die Staatsregierung in den Jahren 2020 bis 2023 jährlich für die Förderung einschlägiger Projekte bzw. Maßnahmen zur Verfügung gestellt wurden, welche Projekte bzw. Maßnahmen wurden mit diesen Mitteln gefördert und für welche Projekte bzw. Maßnahmen übernahm der Beauftragte der Staatsregierung in diesen Jahren die Schirmherrschaft (bitte Aufschlüsselung nach Projekt bzw. Maßnahme, Jahr und Fördersumme bzw. Schirmherrschaft)?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten werden für den Flutpolder Wörthhof insgesamt veranschlagt (bitte inklusive einberechneter Kostensteigerungen), wie lautet das Ergebnis der Nutzen-Kosten-Analyse für den Flutpolder Wörthhof (bitte Nutzen-Kosten-Analyse beifügen) und welche Kosten werden für alle Polder an der Donau insgesamt jeweils veranschlagt (bitte alle Polder des Flutpolderprogramms an der Donau einbeziehen: technisch betriebsbereite, im Bau befindliche, in der Vorbereitung von Raumordnungsverfahren oder Planfeststellungsverfahren befindliche sowie im Raumordnungsverfahren oder Planfeststellungsverfahren befindliche Polder)?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb wurde das Vorhaben „Stauhaltungen Schweinfurt, Garstadt, Wipfeld“ (Flussabschnitt 322,6–326,0) aus dem Gewässerentwicklungsplan Main (2005), insbesondere hinsichtlich des Einbaus von Staukaskaden zur Retentionsverbesserung entlang der Flutmulde zwischen Röthlein und Garstadt, bisher nicht umgesetzt, wurden alternative Maßnahmen zur Retentionsverbesserung in diesem Bereich umgesetzt und falls nicht, welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Retentionsverbesserung in diesem Bereich?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten gab es bisher im Jahr 2024, bei denen Asylbewerber in Oberfranken als Beschuldigte geführt werden, wie viele Erstunterbringungseinrichtungen sind nach den Kenntnissen der Staatsregierung in Oberfranken aktuell in Bau, geplant und in Betrieb (bitte tabellarisch auflisten) und wie viele solche Einrichtungen sollen nach Kenntnis der Staatsregierung bis 2026 geschlossen werden (bitte mit Nennung der Einrichtungen)?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 in Kap. 05 21 Tit. 428 01 a) 400 zusätzliche Stellen für Verwaltungskräfte an allen Schularten ausgebracht wurden, frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser Stellen tatsächlich besetzt wurden, wann diese Stellen besetzt wurden und wie sie auf die einzelnen Schularten verteilt wurden?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Angebote zur Unterstützung im Alltag gemäß § 45a Sozialgesetzbuch Elftes

<b>GRÜNEN)</b>	Buch (SGB XI) im Freistaat in den letzten drei Jahren entwickelt, wie hat sich die Zahl der Angebote zur Unterstützung im Alltag durch Einzelpersonen im selben Zeitraum entwickelt und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um die wohnortnahe Versorgung, insbesondere bezüglich haushaltsnaher Dienstleistungen, sicherzustellen?
<b>Sanne Kurz</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, bis wann plant sie dem Landtag belastbare Zahlen in Bezug auf Dauer und Kosten der Sanierungsmaßnahmen des Haus der Kunst vorzulegen, welche Gesamtkosten der beschlossenen Sanierung errechnete das Staatliche Bauamt, nachdem es 2018 mit der Vorplanung beauftragt wurde, und auf Basis des Planungsstandes welchen Datums kam die in der Süddeutschen Zeitung vom 02.02.2024 genannte Kostenschätzung von 150 Mio. Euro zustande?
<b>Oskar Lipp</b> (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, erwartet sie aufgrund der zunehmenden Deindustrialisierung und Abwanderung der bayerischen Industrie einen relativen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Kommunen in den kommenden Jahren (z. B. 2024, 2025, 2026, bis 2030), in welcher Höhe rechnet die Staatsregierung mit einem relativen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Kommunen in den kommenden Jahren (z. B. 2024, 2025, 2026, bis 2030, in Mrd. Euro) und welche Maßnahmen zur Kompensation der Einnahmeausfälle der Kommunen bzw. zur Abmilderung dieser Einnahmeausfälle plant die Staatsregierung zu ergreifen?
<b>Roland Magerl</b> (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Krankenhäuser sind nach ihrer Einschätzung von Insolvenzen bedroht, wenn die Staatsregierung keine Kenntnis über Insolvenzen von Krankenhäusern hat, welche Schritte werden unternommen, um diese Informationen zu erhalten, und sind Maßnahmen geplant, um die finanzielle Stabilität der Krankenhäuser in Bayern zu verbessern?
<b>Christoph Maier</b> (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, wird der in der Sitzung vom 19.02.2024 gefasste, rechtswidrige Beschluss des Kreistags Aichach-Friedberg, den Vorschlag der AfD-Fraktion für die Nachbesetzung der ihr zustehenden Ausschusssitze abzulehnen, automatisch und umgehend von der Regierung von Schwaben ersetzt oder muss dies erst beantragt werden, ist der Ausschuss nach aktuellem Stand – ohne die Ersetzung – ordnungsgemäß besetzt und sind ggf. in der Folge stattfindende Ausschusssitzungen oder im Rahmen dieser gefasste Beschlüsse nichtig bzw. rechtswidrig?
<b>Ferdinand Mang</b> (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, inwiefern ist die bei Stellungnahmen der Staatsregierung zu Petitionen im Zusammenhang mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk immer wieder verwendete Aussage, „Angebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio werden von allen Bevölkerungsgruppen intensiv nachgefragt und genießen ein hohes Vertrauen“, von wissenschaftlich fundierten Umfragen gedeckt, inwieweit hat sich die Zufriedenheit der Bei-

tragspflichtigen in Bayern in den letzten zehn Jahren entwickelt und welche Erhebungen wurden diesbezüglich vonseiten der Staatsregierung durchgeführt (bitte die einzelnen Studien und Umfragen angeben und die Ergebnisse erläutern)?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele abgelehnte Asylbewerber halten sich derzeit im Freistaat auf und befürwortet die Staatsregierung deren vollständige Abschiebung?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen kommt offener Vollzug für Strafgefangene grundsätzlich in Betracht, unter welchen Voraussetzungen kommen Lockerungen des Vollzugs für Strafgefangene – wie Außenbeschäftigung, Freigang, Ausführung oder Ausgang – grundsätzlich in Betracht und warum stehen, wie derzeit in Landshut, ganze Gebäude, die für offenen Vollzug errichtet wurden, seit Jahren leer oder werden nur zu einem Bruchteil ihrer Kapazität genutzt?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie über Erkenntnisse verfügt, in welchem Umfang die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmarkt gemäß § 201a Baugesetzbuch (BauGB) von den Instrumenten zur kommunalen Wohnraumschaffung – zu diesen zählen das erweiterte Vorkaufsrecht (§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB), die erleichterte Abweichung von Festsetzungen eines geltenden Bebauungsplans (§ 31 Abs. 3 BauGB) sowie das erweiterte Baugetbot (§ 175 Abs. 2 Satz 2, § 176 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB) – jeweils Gebrauch machen, in welchem Umfang die Gemeinden der Gebietskulisse gemäß § 250 BauGB Gebrauch vom Genehmigungsvorbehalt zur Umwandlung von Miet- in Eigenwohnraum, dem sog. Umwandlungsverbot, machen und inwiefern überhaupt eine Evaluation der durch das Baulandmobilisierungsgesetz in Verbindung mit der Gebietsbestimmungsverordnung - Bau implementierten Steuerungsmaßnahmen vorgesehen ist?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Nachdem die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie laut Novellierung des Baugesetzbuches (BauGB) 2017 vorsieht, dass der Flächenverbrauch im Außenbereich bis 2030 auf 30 Hektar (ha) pro Tag gesenkt werden soll und unzerschnittene Freiräume erhalten bleiben sollen, demnach die Gemeinde Rohr in den Jahren 2017 bis 2037 insgesamt ca. 9,1 ha an Fläche verbrauchen darf, frage ich die Staatsregierung im Hinblick auf die geplante Ansiedlung eines Logistiklagers in Stocka in der Gemeinde Rohr, wie sie den nötigen Flächenbedarf und -verbrauch von rund 38 ha für dieses Bauvorhaben beurteilt unter der Prämisse, dass die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie eingehalten wird, und welche Auswirkungen dies auf künftige Bauvorhaben und -entwicklungen in der Gemeinde Rohr haben wird?

**Benjamin Nolte**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Kenntnis gesetzt wird, wenn und ob dem Freistaat in ihrer Heimat straffällig gewordene Asylbewerber oder Flüchtlinge zugeteilt werden (bitte genau Art und Weise angeben, in der eine solche Mitteilung, falls sie erfolgt,

vonstattengeht), werden die betroffenen Kommunen informiert, wenn ihnen straffällig gewordene Asylbewerber oder Flüchtlinge zugeteilt werden (bitte genau Art und Weise erläutern, in der eine solche Mitteilung, falls sie erfolgt, an die Kommunen aussieht) und welche konkreten Schritte leitet die Staatsregierung ein, wenn ihr bekannt wird, dass ihr ein straffällig gewordener Asylbewerber oder Flüchtling zugeteilt wird?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des in der Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft (Ausgabe 01-02/2024, S. 4) angekündigten Freigabestopps für Versetzungen von Finanzbeamtinnen und -beamten zu nichtstaatlichen Dienstherren und Kommunen durch das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat frage ich die Staatsregierung, wie viele Versetzungsanträge zu nichtstaatlichen Dienstherren und Kommunen seit 2018 eingereicht wurden (bitte aufschlüsseln nach Jahren, unter Angabe der Dienststellen, in denen die Anträge gestellt wurden, und der Unterteilung, ob eine Versetzung zu nichtstaatlichen Dienstherren oder einer Kommune beantragt wurde), welche Gründe für die Versetzungsgesuche angegeben wurden und wie sich die konkrete Umsetzung des Freigabestopps gestalten soll (bitte geplantes Start- und Enddatum der Maßnahme, betroffene Behörden und Qualifikationsebenen angeben)?

**Anna Rasehorn**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der medialen Berichterstattung darüber, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene an der Erstellung eines neuen Gutachtens zur AfD arbeitet, in dem die Partei als gesichert rechtsextrem eingestuft werden soll, frage ich die Staatsregierung in Bezug auf die aktuelle Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Bayern sowie des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, welche Konsequenzen für bayerische Behörden aus einer solchen Einstufung folgen würden, welche Maßnahmen in Bayern in einem solchen Fall vorgesehen sind und ob diese bereits vorbereitet sind?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel zur Finanzierung von Teamkräften für Kitas in Bayern im Doppelhaushalt eingestellt (bitte um Angabe der Bundes- und der Landesmittel), wie viele Stellen können mit den Mitteln des KiTa-Qualitätsgesetzes und den zusätzlichen Landesmitteln aktuell und perspektivisch finanziert werden (bitte um Angabe der Jahre 2023, 2024, 2025) und welche Qualifikation benötigt das als sogenannte Teamkräfte eingestelltes Personal?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wieso werden im Zuge des massiven Bahnausbaus am Bahnhof München-Riem bei der Realisierung der Daglfinger und Truderinger Kurve keine Toilettenanlagen geplant, könnte die Deutsche Bahn zumindest Grund und Boden oder umbauten Raum für entsprechende Toilettenanlagen zur Verfügung stellen und welche Empfehlung gibt die Staatsregierung, die für Planung, Organisation und Sicherstellung des Betriebs der Münchner S-Bahn zuständig ist, jenen S-Bahn-Nutzenden, die am Bahnhof München-Riem das dringende Be-

dürfnis des Toilettengangs verspüren?

**Elena Roon**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, sind ihr Fälle in Bayern bekannt, bei denen deutsche männliche Staatsbürger Vaterschaften ausländischer Kinder anerkannt haben, die nicht ihre eigenen sind (bitte Anzahl der Fälle seit 2015 auflisten), wenn ja, aus welchen Ländern kamen diese Kinder (bitte die Anzahl nach Nationalitäten jährlich seit 2015 auflisten) und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den Missbrauch von Vaterschaftsanerkennungen deutscher Männer für im Ausland lebende nicht eigene Kinder zu verhindern?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann werden die Kurzberichte „Grundwasser für die öffentliche Wasserversorgung: Nitrat und Pflanzenschutzmittel (Kurzbericht)“ nicht mehr jährlich veröffentlicht, weshalb erfolgt keine Veröffentlichung und wie hat sich die Nitrat- und Pflanzenschutzmittelbelastung seit 2020 jährlich im Roh- und Grundwasser in den einzelnen Regierungsbezirken entwickelt?

**Franz Schmid**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, sind ihr Fälle in Bayern bekannt, bei denen sich Menschen mit einem Pass aus einem EU-Staat fälschlicherweise als ukrainische Kriegsflüchtlinge ausgegeben haben (bitte die Anzahl sowie die dazugehörige richtige Nationalität seit Beginn des Ukrainekriegs jährlich auflisten), wie hoch waren die Bürgergeldzahlungen an diese Menschen, die eigentlich keinen Anspruch darauf haben, nach Kenntnis der Staatsregierung (bitte die Höhe dieser Zahlungen jährlich auflisten) und was gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um den Sozialbetrug durch vermeintlich ukrainische Flüchtlinge zu verhindern?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen in Bayern voraussichtlich mit einem in Art. 13 des Gesetzes des Bundes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG) vorgesehenen rückwirkenden Straferlass zu rechnen ist, wie die Staatsanwaltschaften in Bayern sich darauf vorbereiten und ob laufende Ermittlungsverfahren wegen entsprechender Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG), die nach dem CanG nicht mehr strafbar sein werden, jetzt nach Beschluss des CanG im Bundestag am 23.02.2024 nicht mehr zur Anklage in Bayern gebracht werden?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche neue Stellen, finanziert durch beantragte und in den Haushaltsentwurf der Staatsregierung im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst neu eingestellte Mittel für neugeschaffene Stellen bzw. welche Projekte für beantragte und im Haushaltsentwurf eingestellte Projektmittel für Projekte für das laufende Haushaltsjahr 2024 können durch den geplanten Beschluss des Haushalts nach 2. Lesung vor Juni 2024 nicht risikofrei hinsichtlich der Finanzierung besetzt werden (Stellen) bzw. nicht risikofrei hinsichtlich der Finanzierung begonnen werden (Projekte) und welche Nachteile für Bayerns Kunst- und Kulturszene sieht die Staatsregierung in

der 2. Lesung des Haushalts für das laufende Jahr erst in der Jahresmitte des laufenden Jahres?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie zur Verbreitung der Droge Fentanyl im Freistaat, welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über den Online-Handel von synthetischen Drogen in Bayern und welche konkreten Maßnahmen und Präventionsangebote, insbesondere im Bereich Jugendschutz, wird die Staatsregierung gegen die Verbreitung synthetischer Drogen wie Fentanyl unternehmen?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Höhe beträgt der gesamte Ausgabereist der nicht verbrauchten Mittel aus der Feuerschutzsteuer Ende 2023 (voraussichtlich), wie hat sich der Ausgabereist in den letzten fünf Jahren entwickelt und welche Teile des Ausgabereistes sind für Investitionen an den staatlichen Feuerweherschulen fest eingeplant?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Einwirkungsmöglichkeiten auf die kommunalen Meldebehörden sie hat, um sicherzustellen, dass Bürger, welche einen Nebenwohnsitz anmelden, auf die Antragspflicht hingewiesen werden, die besteht, falls sie von der Rundfunkbeitragspflicht befreit werden wollen, wie viele Fälle nachträglich erhobener Beiträge bei fehlender Beantragung sind der Staatsregierung bekannt und welche Summen werden wegen der Stichtagsregelung bei fehlender Beantragung des Nebenwohnsitzes jährlich nach Kenntnis der Staatsregierung von beitragspflichtigen Bürgern in Bayern eingefordert (bitte die Gesamtsumme sowie die durchschnittliche Höhe der rückwirkend geforderten Beiträge angeben)?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Vorkommnissen rund um die Jahreshauptversammlung der Grünen Bamberg-Land in Hirschaid vom 21.02.2024 frage ich die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Vorkommnisse und welche Konsequenzen wird sie ziehen?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen kann in Bayern wohnenden Deutschen eine bayerische Staatsangehörigkeit zuerkannt werden, und zwar mit Erteilung eines Staatsangehörigkeitsnachweises in Form eines Ausweises oder Passes, bzw. welche rechtlichen Grundlagen müssten dafür geschaffen werden?

**Ramona Storm**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil in Prozent an den ausgefallenen Stunden in Bayern, der durch Lehrerfortbildungen während der Schulzeit entstanden ist, werden diese Stunden adäquat durch Kollegen vertreten (falls nein, warum nicht) und warum finden die Lehrerfortbildungen nicht überwiegend während der Schulferien statt?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Betrag insgesamt, den Bayern von dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgerufen hat, und in welchen Einrich-

tungen sind Beträge für Maßnahmen aus dieser Förderung investiert worden (bitte mit Auflistung der jeweiligen Beträge und Angabe der jeweiligen Maßnahme)?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für welche vom Ministerrat beschlossenen Einzelmaßnahmen sind die im Einzelplan 07 des Haushaltsentwurfs für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie unter dem Titel 881 75-8 im Kapitel 07 05 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 in Höhe von insgesamt 300 Mio. Euro vorgesehen, welche Projekte werden mit den für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 insgesamt eingeplanten 104,6 Mio. Euro gefördert und in welcher Höhe wurden bisher im Jahr 2023 Zuschüsse aus dem Titel 893 73-6 „Zuschüsse zur Errichtung von Wasserstofftankstellen“ abgerufen?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass das Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Schulwegkostenfreiheitsgesetz) zahlreiche Schulformen, jedoch nicht staatlich genehmigte Schulen (wie z. B. die Adolf-Reichwein-Schule in Nürnberg) umfasst und diese Ungleichbehandlung von den Betroffenen zurecht als ungerecht empfunden wird, frage ich die Staatsregierung, mit welcher Begründung der Freistaat staatlich genehmigte Schulen aus der Kostenfreiheit des Schulwegs ausschließt und ob die Staatsregierung eine Änderung des entsprechenden Gesetzes beabsichtigt?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Kenntnis, inwiefern das Landratsamt Landsberg die rechtliche Möglichkeit einer Allgemeinverfügung, die für montags angemeldeten Demonstrationen im Innenstadtbereich der Stadt Landsberg (Altstadt) so zu reglementieren, dass diese aufgrund der Fahrzeuggröße (Tonnage) und Lautstärke (Hupkonzert) in einem geeigneten Außenbezirk stattfinden muss, geprüft hat (bitte auch ggf. auf Ergebnis der Prüfung eingehen), wenn ja, wieso erlässt das Landratsamt Landsberg nach Kenntnis der Staatsregierung diese Allgemeinverfügung zum Schutz der Innenstadtbewohnerinnen und -bewohner und der Bausubstanz nicht, obwohl die Altstadt für LKW mit Ausnahme des Lieferverkehrs und der Durchfahrt von Traktoren gesperrt ist (entsprechendes Verkehrsschild an der Katharinenstraße vor der Lechbrücke stadteinwärts)?

**Matthias Vogler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Professoren sind derzeit an staatlichen Hochschulen in Bayern tätig (aufgeschlüsselt nach ordentlichen und außerordentlichen Professuren), wie sieht die geschlechtsspezifische Verteilung dieser Professuren aus, sowohl bezogen auf Männer als auch auf Frauen, und welche drei Studiengänge werden von den meisten Professoren an staatlichen Hochschulen in Bayern betreut?

**Markus Walbrunn**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fächer sollen an den Grundschulen zugunsten des geplanten verstärkten Mathematik- und Deutschunterrichts gestrichen, welche Personalmaßnahmen sollen hierzu eingeführt werden und in welcher Form soll der ver-

pflichtende Deutschtest vor der Einschulung konkret ablaufen?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Förderung nach der Förderrichtlinie „Pfleger im sozialen Nahraum – Pflege-soNahFör“ wurden im Jahr 2023 gestellt, wie viele Förderanträge haben einen Zuwendungsbescheid erhalten und wie viele der für 2023 veranschlagten Haushaltsmittel wurden in Anspruch genommen?

**Laura Weber**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Teichwirtschaftsbetriebe in der Oberpfalz in den letzten 10 Jahren entwickelt, wie hat sich die von den Oberpfälzer Teichwirtschaftsbetrieben abgefischte Menge Fisch in den letzten 10 Jahren entwickelt und welche regionalen Absatzmöglichkeiten gibt es für die Teichwirtschaftsbetriebe in der Oberpfalz?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum hat sie die digitale Bezahlmarke für Gerichte und die Justiz, im Gegensatz zu zahlreichen anderen deutschen Bundesländern, bislang nicht eingeführt, aus welchen Gründen wurde eine digitalen Bezahlmarke für Gerichte und die Justiz durch die Staatsregierung bislang nicht umgesetzt und bis zu welchem Zeitpunkt ist mit der umfangreichen Einführung einer digitalen Bezahlmarke für die Justiz und die Gerichte zu rechnen?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie vielen der Bewerberinnen und Bewerbern um eine Planstelle am Gymnasium zum Februar 2024 ein Supervertrag angeboten wurde, welche Fächerverbindungen diese Bewerberinnen und Bewerber haben und wie viele von ihnen das Angebot des Supervertrags abgelehnt haben?